

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 27. November 1926

Nummer 94

Denkschriften- und Interpellations- attache gegen behördliche Druckereien

I.

Schon auf der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins im September in Eisenach wurde bekanntgegeben, daß der Hauptvorstand des DVB. beschlossen habe, durch eine Denkschrift die Reichsregierung, die Länderregierungen und alle in Frage kommenden Stellen über die „wirtschaftsschädliche Wirkung öffentlicher Druckereibetriebe, wie über das gewerbeschädigende System der Druckauftragserteilung durch die Behörden aufzuklären“. Der Wortlaut dieser Denkschrift wurde Anfang November in Nr. 88 der „Zeitschrift“ veröffentlicht. Wir nahmen damals von einer sofortigen Stellungnahme zu dieser Angelegenheit Abstand, weil wir den weiteren Gang der Dinge in dieser Richtung zunächst abwarten wollten und damit rechneten, daß diese Frage von der besonders dabei interessierten Seite der Öffentlichkeit noch wesentlich näher gebracht werden müsse, ehe für den „Korr.“ als Sprachrohr der Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe die Notwendigkeit gegeben sein könnte, den Standpunkt der Gehilfenschaft gegenüber diesem Problem zum Ausdruck zu bringen.

Diese Notwendigkeit ist inzwischen durch eine „Öffentliche Rundgebung der wirtschaftlichen Spitzenverbände“ am 10. November d. J. und eine laut „Zeitschrift“ (Nr. 92 vom 16. November) damit zusammenhängende „Interpellation über das Buchdruckgewerbe im Reichstag“ eingetreten. Daß die in Frage kommende öffentliche Rundgebung der „wirtschaftlichen Spitzenverbände“ sich nur auf Vertreter der Unternehmerverbände beschränkte, also Vertreter der weit größeren, an Mitgliedszahl die Unternehmerverbände um mehr als das Zehnfache übersteigenden wirtschaftlichen Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht für sich in Anspruch nehmen konnte, stempelt diese Veranstaltung von vornherein zu einer reinen Interessenten- und Klassenrundgebung. Es fehlt ihr nicht nur jeder volkstümliche Charakter, sondern auch die grundsätzliche Bedeutung, um als eine über private Sonderinteressen hinausgehende Protestaktion beurteilt zu werden. Was über diese einseitige Rundgebung der wirtschaftlichen Spitzenverbände vorstehend und vorerst nur als Einleitung gesagt ist, gilt auch für die Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Die Organisationen der Gehilfenschaft hatten damit weder im Stadium ihrer Vorbereitung noch ihrer Veröffentlichung etwas zu tun.

Im Kernpunkt der Sache, d. h. bezüglich der Betätigung der sogenannten öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben durch staatliche oder städtische Betriebe, bestehen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern auch innerhalb des Buchdruckgewerbes. Eine unbedingte Notwendigkeit, daß Staat und Gemeinden sich jeder Art wirtschaftlicher Betätigung fernhalten sollen, können weder wir Buchdrucker noch irgendeine andere Arbeitergruppe anerkennen. Und zwar solange nicht, als die p r i v a t k a p i t a l i s t i s c h e Wirtschaftsform sich nicht davon freimachen kann, in der m e n s c h l i c h e n Arbeitskraft lebendig eine Ware zu erblicken, deren Preis in Arbeitslohn, Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen sich nur nach Angebot und Nachfrage auf dem „Arbeitsmarkt“ richten soll. Da auch im deutschen Buchdruckgewerbe gegenüber dem Unternehmertum mit dieser privatkapitalistischen Spekulation bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse sehr stark zu rechnen ist, besteht für die Gehilfenschaft gar kein Anlaß, wirtschaftliche Unternehmungen öffentlicher Art, die der menschlichen Arbeitskraft im allgemeinen weit sozialer gegenüberstehen und dem öffentlichen Einfluß auf demokratischer Grundlage viel

zugänglicher sind als privatkapitalistische Betriebe, abzulehnen. Damit ist nicht gesagt, daß die Arbeiterschaft und damit auch die Buchdrucker mit jeder Art öffentlicher Betriebszweige oder -formen restlos einverstanden wären. Aber diesbezügliche und mögliche Vorbehalte ergeben sich durchweg aus anderen Ursachen und Wirkungen als aus jenen, die vom Unternehmertum gegen staatliche oder städtische Betriebe geltend gemacht werden. Sie sollen daher auch hier nicht zur Erörterung gestellt werden. Es gibt andre und bessere Wege zur Beseitigung solcher Mängel, als eine Pressepolemik im zeitlichen Zusammenfall mit der Verteidigung einseitiger Unternehmerinteressen.

Nehmen wir nach dieser allgemeinen und grundsätzlichen Duvertüre nun zunächst die in Nr. 88 der „Zeitschrift“ veröffentlichte Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins unter die Lupe. Suchen wir zu prüfen, inwieweit wir deren Berechtigung anerkennen könnten oder nicht, so wäre von vornherein zu sagen, daß die ganze Denkschrift einen ziemlich hausbackenen Charakter trägt und von großzügiger Wirtschaftsauffassung weit entfernt ist. Schon in der Einleitung wird im Gegensatz zu wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachen die Ansicht vertreten, daß ein Niedergang des Handwerks in erster Linie auf den Krieg, die Inflation und stiefmütterliche Behandlung durch die Regierung zurückzuführen sei. Das Verhalten des Handwerks selbst wird erst an letzter Stelle angeführt. Statt aber nuneinermachen, überzeugend nachzuweisen, inwiefern das Handwerk z. B. seitens des Reiches und der Länder in der Kreditfrage oder im Vergleich zu andern Erwerbsständen (Industrie, Handel, Landwirtschaft usw.) benachteiligt worden sei, begnügt sich die Denkschrift nur mit diesbezüglichen allgemeinen Redensarten. Wir sind der Ansicht, daß es der Reichsregierung, den Ländern und Gemeinden nicht schwer fallen wird, nachzuweisen, daß die gegen sie gerichteten Vorwürfe des Handwerks solcher Art nicht nur unberechtigt sind, sondern ärgsten Unandart darstellen. Wirtschaftspolitisch besonders beachtenswert ist die Klage, daß es dem Handwerk nicht gestattet sein soll, Verluste aus der Unsicherheit im Kreditwesen durch die Kalkulation zu erfassen, das Handwerk infolgedessen dazu verurteilt sei, solche Verluste ohne irgendwelche Gegenverrechnung tragen zu müssen. Abgesehen von der Unklarheit der Adresse, an die sich diese Klage richtet, ob an die Kreditgeber oder an die Kunden des Handwerks (Preisfestsetzung), ist doch daraus zu entnehmen, daß das Handwerk kein Unternehmerrisiko mehr tragen oder für sich anerkennen, sondern jedes Risiko seiner p r i v a t e n Wirtschaftsform entweder auf die Schultern der Allgemeinheit oder seiner Kundschaft übertragen möchte. In einer Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins, von dessen leitenden Persönlichkeiten bei Lohn- und Tarifverhandlungen das Unternehmerrisiko bisher stets als wesentlichster Bestandteil der Unternehmerrisikofrage zur Geltung zu bringen versucht worden ist, finden wir diese Klage ziemlich deplaciert. Denn wenn das Unternehmerrisiko auf andre Schultern übertragen werden soll, dann steigt doch nichts näher als die Forderung, daß dann auch die Vorteile wirtschaftlicher Unternehmungen oder die Rechte und Pflichten wirtschaftlicher Betätigung eben diesen „andern“ allein zukommen müßten. Soll nicht mehr der einzelne Unternehmer das Risiko seiner Unternehmung tragen, sondern seine Kundschaft oder die Allgemeinheit, dann wäre es doch nur konsequent, wenn entweder die Kundschaft durch Genossenschaften oder die Allgemeinheit durch den Staat die wirtschaftlichen Unternehmungen in Besitz und Leitung übernehmen würden. Schon das erste, sachlich scheinende Argument der Denkschrift gegen eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand erweist sich demnach bei näherer Untersuchung als das Gegenteil. Nicht un-

erwähnt sei, daß das sogenannte Unternehmerrisiko in den meisten Fällen schon von Hause aus eine sehr zweifelhafte Angelegenheit ist, um die ein ganzer Rattenkönig von Geschäftsgeheimnissen geschlungen ist. Was in dieser Richtung Wahrheit und Dichtung ist, verbirgt sich nicht selten dem schärfsten vereinbarten Spürsinn. Wäre das angebliche Unternehmerrisiko im allgemeinen nicht rentabel, dann wäre es schon längst erledigt. Etwas mehr Logik in der Aufführung von Gründen für die Notlage des Handwerks in dieser Denkschrift bleibt daher schon in ihrer Einleitung zu wünschen übrig.

Leider fehlt es aber nicht nur an Logik, sondern auch an der unbedingt erforderlichen Wahrheitsliebe, und zwar in erster Linie auf dem Gebiete der s t e u e r l i c h e n Belastung. Obwohl in der Denkschrift angegeben wird, daß im Handwerk vielfach eine exakte Buchführung fehlt, insofern die Steuern in der Regel nur nach dem Umsatz bemessen werden können, wird dennoch die Schuld daran der Steuergelegenheit zugeschrieben. Statt die Folgen mangelhafter Buchführung und traurigster Schmutzkonzurrenz ehrlich abzugeben und sich selbst dagegen zu wehren wissen. Was die Gehilfenschaft aber auf keinen Fall als der Wahrheit entsprechend anerkennen kann, ist die Behauptung in der Denkschrift, daß das B u c h d r u c k g e w e r b e ganz besonders durch die L o h n s t e u e r belastet werde. Zunächst wäre die Frage aufzuwerfen, was verstehen die Verfasser der Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins überhaupt unter dem Begriff L o h n s t e u e r? Meinen sie damit den Steuerabzug vom Lohne jedes einzelnen Arbeiters, dann müßten wir sagen: Hände weg! Das sind mühsam verdiente Arbeitergehälter, die dem Arbeiter von seinem Lohne abgezogen werden, um dem Staate auf verfassungsmäßiger Grundlage vom Arbeiterstand zukommen zu lassen, was des Staates ist. Diese Lohnsteuer ist wohl eine sehr starke B e l a s t u n g d e r A r b e i t e r s c h a f t; aber sie wird trotzdem von der Arbeiterschaft mit viel größerem staatsbürgerlichen Verständnis getragen, als alle Steuern, die angeblich das Unternehmertum belasten. Diese Lohnsteuer aber als Belastung des Buchdruckgewerbes oder der Unternehmer im Buchdruckgewerbe zu bezeichnen, wäre nicht nur unberechtigt, sondern direkt unehrlich! Sie wird von den Unternehmern an die Steuerkassen erst abgeliefert, wenn sie vom Lohn abgezogen ist. Und die Ziffern zwischen Abzug und Ablieferung können infolge der dadurch offengelassenen fortlaufenden Verzweckungsmöglichkeit der abgezogenen Beträge innerhalb der Betriebsfinanzen als ausreichende Entschädigung für die damit verbundenen Buchführungsarbeiten innerhalb eines jeden Betriebes bezehmet werden. Denn es handelt sich dabei um Gelder, die nach erfolgtem Abzug vom Lohne nicht dem Unternehmer, sondern dem Staate gehören! Wie steht es aber nun mit der „Lohnsteuer“, die nach der Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Vereins das Buchgewerbe ganz besonders belastet? Die gesetzliche oder eigentliche Lohnsteuer kann es nicht sein. Bleibt nur noch die sogenannte Lohnsummensteuer, die als B e t r i e b s t e u e r mit 1 Proz. der Lohnsumme vierteljährlich zu zahlen ist. Nach dem Bericht der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1925 betrug bei insgesamt 203 796 Beschäftigten im Buchdruckgewerbe der durchschnittliche Jahreslohn 2077 M. oder rund 40 M. wöchentlich. Berechnet man hiervon 1 Proz. Lohnsummensteuer, so ergeben sich rund 40 Pf. Steuer pro Arbeiter und W o c h e. Von einer ganz besonderen Belastung des Buchdruckgewerbes durch diese Steuer kann also keine Rede sein;

sie befaßt sich in ganzem Maße auf 20 M. pro Arbeiter. Ebenso übertrieben und mit der Wahrheit im Widerspruch stehend ist die Behauptung in der Denkschrift, daß der Lohnanteil im Buchdruckgewerbe beim Satz 66 Proz. und beim Druck 88 Proz. der gesamten Herstellungskosten betrage. Wenn man für beide Produktionszweige nur die Hälfte der in der Denkschrift angegebenen Prozentsätze des Lohnanteils rechnet, dann steht darin immer noch ein nicht zu knapper Betrag für „unproduktive“ Kräfte im Produktionsprozeß des Buchdruckgewerbes, die aber nicht auf Arbeiterseite zu finden sind. Wir wären leicht in der Lage, an dieser Stelle den deutlichsten Nachweis für die Richtigkeit unserer Behauptung zu führen. Wenn wir trotzdem darauf verzichten, so nur deshalb, weil wir dann auch den Druckpreistarif etwas eingehender unter die Lupe nehmen müßten. Davon möchten wir jedoch vorläufig aus taktischen Gründen Abstand nehmen und uns lediglich auf die Feststellung beschränken, daß gerade aus den bisherigen Behauptungen auf Lohn- und preispolitischen Gebiet von Unternehmenseite auch im Buchdruckgewerbe der Boden für berechtigte Angriffe des Reichswirtschaftsministeriums gegen das Handwerk und seine Preispolitik erwachsen ist. Aus dem ungeheuren Widerspruch zwischen den Behauptungen der Preispolitiker in Unternehmertreuen und der alltäglichen Praxis des gewerblichen Lebens selbst mußte das heutige starke Mißtrauen zwischen Behörden und Handwerk sowie zwischen Privatkundschaft und Handwerk entstehen. Dies führte sozusagen als Abwehrmaßnahme zur Selbsthilfe der Behörden, großer Werke, Genossenschaften, ja selbst der Kirche durch Errichtung von staatlichen und städtischen Buchdruckereien, Hausdruckereien und — Klosterdruckereien gegenüber dem privaten Buchdruckgewerbe. Und gerade die unnötige Behauptung, daß der Lohnanteil im Buchdruckgewerbe volle zwei Drittel der gesamten Herstellungskosten betrage, muß ja die Meinung geradezu provozieren, daß nichts leichter und rentabler als die Errichtung und Aufrechterhaltung einer Buchdruckerei sei. Denn zwei Drittel der Ausgaben würden danach durch die menschliche Arbeitskraft kompensiert und nur ein Drittel ergäbe sich aus den Kosten für die materiellen Produktionsmittel! Da soll sich nicht jedermann als Buchdruckermanager bezusehen fühlen, wo in allen andern Industrien und Gewerben die Material- und Geschäftskosten außer den Arbeitslöhnen doppelt und dreifach so hoch sind als im Buchdruckgewerbe, und zwar in Konsequenz der Denkschrift des Deutschen Buchdrucker-Bereins zur wirtschaftlichen Lage des deutschen Buchdruckgewerbes? Das verdient noch etwas näher auf Sinn und Bestand untersucht zu werden.

Lehrlingsleiterkonferenzen

Nordweitgau

Der Gauvorstand hatte sämtliche Lehrlingsleiter zu einer Tagung in Bremen am 7. November in der „Mellenhalle“ eingeladen. Gaulehrlingsleiter Lüders eröffnete um 9 Uhr morgens die Versammlung, begrüßte die restlos erschienenen Lehrlingsleiter, den Vorsitzenden des Jugendkartells Schulz (Bremen) und insbesondere den als Vertreter des Verbandsvorstandes erschienenen Kollegen Fülle, der die Grüße des Verbandsvorstandes übermittelte und der Tagung einen guten Erfolg wünschte. Hierauf entboten der Gauverwalter Ruyhorn im Namen des Gauvorstandes und der Kollege Gohert im Namen der Bremer Kollegen-schaft die herzlichsten Grüße.

Zu dem 1. Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lehrlingsabteilung im Gau“ referierte der Kollege Lüders. Die Lehrlingsabteilungen haben in letzter Zeit wesentliche Fortschritte gemacht. Das Bedürfnis der Buchdruckerjugend nach engstem Zusammenhange in unseren Abteilungen findet bereits Ausdruck in der Mittagsbesprechung. Von 350 Jungbuchdruckern gehören 328 unserer Abteilung an. Konten im Jahresbericht von 1925 sechs Lehrlingsleiter angegeben werden, so ist heute deren Zahl auf 21 angewachsen. Das Fachschulwesen weist ebenfalls eine über alles Erwarteten glänzenden Entwicklung auf. In 11 Orten sind ausgesprochene Fachschulen obligatorisch eingerichtet worden. Teilweiser Fachunterricht wird in weiteren zehn Orten erteilt. Hervorzuheben ist dabei die verständnisvolle Mitarbeit einiger Herren Prinzipale aus unserm Gau. Mitteilungsblätter, die den Jungbuchdruckern treue Berater in allen sie interessierenden Fragen sind, erscheinen regelmäßig in den Bezirken Oldenburg und Ostfriesland. Regelmäßige Lehrsabende werden in 19 Orten abgehalten. Die Ausfüllung solcher Abende geschieht in Vorträgen sachlicher, geschichtlicher, literarischer, naturwissenschaftlicher, gewerkschaftlicher, sozialwissenschaftlicher und sprachlicher Natur. Wettspiele, Vorträge, Jungbuchdruckerbesprechungen, Musikabende werden ebenfalls gern gepflegt.

Es ist damit eine erfreuliche Vorwärtsentwicklung unserer Jungbuchdruckerbewegung aufgeschieben. Nicht zuletzt der

fehligen, verständnisvollen Mitarbeit aller Lehrlingsleiter ist es zu verdanken, daß die Saat so reiche Früchte brachte. Ihnen allen gebührt der aufrichtigste Dank. Aber auch eines unserer treuesten Mitarbeiter muß gedacht werden, des Kollegen Wolffgram aus Bremerhaven, den heute grüner Regen deckt. Leider konnte er den Aufstieg unserer Bewegung nicht mehr erleben. Er war der Jugend der treuesten und verständnisvollsten Führer einer. Durch Erheben von den Seiten wurde sein Andenken geehrt. Ein feierlich-stiller Schauer sollte es sein, in seinem Geiste uns der Erziehung unsres gewerblichen Nachwuchses anzunehmen.

In der dann einsetzenden Debatte, an der sich die Lehrlingsleiter Herber (Emden), Kühne (Oldenburg), Stödelmaier (Bremerhaven), Weiser (Delmenhorst), Rabls (Nordde), Gauverwalter Ruyhorn, Kollege Fülle und Bezirksvorsitzender Gohert (Bremen) beteiligten, wurde allseitig die glänzende Entwicklung begrüßt, ergänzende Berichte über Arbeiten und Erfolge aus den einzelnen Bezirken und Orten gegeben und Erfahrungen aus der praktischen Tätigkeit gegenseitig ausgetauscht. Erfreulich war zu hören, mit welcher reichen Sachkenntnis jede unsere Bewegung berührende Frage angefaßt und zur Lösung gebracht wurde.

Kunneher erhielt Kollege Fülle (Berlin) das Wort zu seinem Vortrage über „Lehrlingsordnung und Berufsausbildungsgelehr“. In klüßiger, leicht verständlicher Weise skizzierte der Referent den Weg der Lehrlingsordnung, angefangen bei dem Ursprung der Bestrebungen einer Ordnung im Lehrlingswesen überhaupt, hinauf bis zu den Erfolgen der für den Nachwuchs des Buchdruckerhandwerks angefertigten Lehrlingsordnung, deren erster Entwurf im Februar 1920 fertiggestellt wurde und heute in 51 Handwerkskammerbezirken eingeführt ist, während in 28 Handwerkskammerbezirken Verhandlungen schweben oder angebahnt sind. Der ideelle Teil der ersten Lehrlingsordnung ist übernommen, wofür in dem materiellen manche Abweichungen unvermeidlich waren. Leider hat sich die Einführung nicht sofort verwirklichen lassen, weil Staat und Handwerkskammern dagegen Einwendungen erhoben. Reichsrecht geht über Landesrecht. Dieser Standpunkt der Handwerkskammern kennzeichnet auch so recht die Gefahr, die für die Schaffung eines Berufsausbildungsgelehrs besteht; haben doch immer noch handwerksmeisterliche und handwerkskammerliche Denkwiese die gemeinsame Aufassung, daß der Lehrvertrag ein Erziehungsvertrag und kein Arbeitsvertrag sei. Die Ausbeutungsfreiheit der Lehrlinge soll damit aufrechterhalten werden. Es ist daher dringend erforderlich, daß sich die Arbeitgebervertreter in den Parlamenten des zu schaffenden Berufsausbildungsgelehrs ernstlich annehmen, dessen baldige Vortage erzwingen und auf die längst nicht mehr zeitgemäßen Bestimmungen der Gewerbeordnung, und der Handwerkskammergesetzgebung einbringlich hinweisen.

Auch weiterhin muß es unser Bestreben sein, die Gefährdung der Lehrlingsordnung zu erwirken. Die großen Enttäuschungen der letzten sechs Jahre dürfen uns nicht davor zurückschrecken lassen, für die Jugend und mit der Jugend zu kämpfen. Sie wird dann einst ein würdiger Erbe sein, unsre Arbeit weiterzuführen und vollenden. Lebhafter Beifall dankte dem Redner.

Einer Aufforderung, über „Wesen und Bedeutung der Innungen im gewerblichen Leben“ Aufschluß zu geben, entsprach der Kollege Fülle in ausgiebiger Weise. Eine rege Aussprache betonte lebhaftestes Interesse an der Materie.

Der nächste Tagesordnungspunkt brachte einen Vortrag des Syndikus der Arbeiterkammer Bremen, Dr. Degener, über „Jugendbeschäftigung im Arbeitsrecht“. Er verwies auf die Ursachen besonderer Jugendbeschäftigung, kritisierte die Ausbeutungsmethoden des modernen Kapitalismus und erklärte die Gegenströmungen zur Errichtung eines vermehrten Jugend- und Frauenschutzes. Es ist im Interesse der Volkswirtschaft besonders erforderlich, daß die Arbeitskraft geschützt bleibt. Der seit Jahren fertigestellte Entwurf zur Erlangung eines der heutigen Zeit entsprechenden Arbeitschutzgesetzes liegt wohlbehalten in den Regierungsschranken. Der heute gewährte Schutz, soweit er nach den noch heute geltenden Bestimmungen eines unzulänglichen Gesetzes verankert ist, ist längst ungenügend. Nachdem noch die Arten unsres Jugendbeschützes begrifflich erläutert wurden, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag.

Als dann dem Leiter des Jugendkartells Bremen, dem Gewerkschaftssekretär Schulz, das Wort zu einem Vortrage über „Warum Jugendkartelle?“ erteilt wurde, erklärte er, daß man ihn von diesem betreten möchte, denn er habe im Verlaufe der Tagung so viel neue Anregungen gewonnen, daß er uns nichts Neues mehr sagen könnte, und würdigte das hohe geistige Niveau, auf dem sich die Ausführungen aller Redner bewegten. Andre Gewerkschaften müßten noch viel von uns lernen. Dem Wunsch wurde entsprochen.

Hierauf würdige Gauleiter Lüders die geleistete Arbeit in einem kernigen Schlußwort, ließ den Verband und seine Lehrlingsabteilung hochleben und schloß um 4 Uhr nachmittags die Tagung.

Gau Mecklenburg-Lübeck

Am 17. November fand in Bad Kleinen eine gutbesuchte Jugendleiterkonferenz statt. Es waren anwesend vom Gauvorstand Kollege Dahnde und Gaulehrlingsleiter Sietmann, ferner die Lehrlingsleiter aus Lübeck, Rostock, Schwerin, Wismar, Güstrow, Neustrelitz, Neubrandenburg und Schönberg; vom Gau Hamburg-Mitona Kollege Martens und der Vorsitzende des Lübecker Ortsvereins,

Kollege Burmeister. Nach den üblichen Begrüßungsworten des Gauvorstehers wurde der neue Gaulehrlingsleiter Sietmann vorgestellt. Hierauf referierte Kollege Dahnde über „Die Stellungnahme des Berliner Verbandstages zur Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung“. Der Redner gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages und erläuterte in allgemeinverständlicher Weise die Lehrlingsordnung. Er wies im weiteren darauf hin, daß leider bei uns in Mecklenburg wenig Aussicht bestehe, daß unsre Lehrlingsordnung von der Mecklenburger Handwerkskammer für verbindlich erklärt würde. Die bisherigen Verhandlungen des Gauvorstehers mit dem Präsidenten der Handwerkskammer führten zu keinem Erfolg. Die Bewegungssatistik in unserm Gau wies seit Anfang 1925 eine Steigerung von 150 Proz. auf, also ein erheblicher Fortschritt sei zu verzeichnen. In der darauf folgenden Aussprache stimmten die meisten Redner den Ausführungen des Referenten zu.

Alsdann sprach Gaulehrlingsleiter Sietmann über „Unsre kommenden Arbeiten in den Lehrlingsabteilungen“. Einleitend gab er einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des Lehrlingswesens bis zum heutigen Tage. Nachdem er die erfreuliche Tatsache erwähnt hatte, daß von den 22 Gauen des Deutschen Reiches bereits 20 ihre Gaulehrlingsleiter hätten, entwickelte er ein Programm für die kommenden Arbeiten in den einzelnen Abteilungen. Er verbreitete sich besonders eingehend über die Punkte: Veranstaltungen, Wanderungen, Wettbewerbe und Rundsendungen, gewerkschaftliche Jugendarbeit und Beteiligung an öffentlichen Körperlichkeiten. Eine besonders wichtige Aufgabe in unserm Gau mit den vielen kleinen Druckorten liege es, diejenigen Lehrlinge, die verstreut in den kleinen Orten leben und nicht die Bildungsmöglichkeiten der größeren Städte hätten, für uns zu gewinnen. Hier müßten die Bezirkslehrlingsversammlungen Abhilfe schaffen, in denen gute Vorträge und sonstige Darbietungen geboten werden müßten. Zum Schluß dankte er den einzelnen Abteilungsleitern für ihre Arbeit im Interesse der Jugendbewegung, die auch zugleich Arbeit an der Zukunft des Verbandes sei. Nun folgten die Berichte aus den einzelnen Abteilungen und die Stellungnahme der Lehrlingsleiter zum Referat. Alle Teilnehmer äußerten sich durchweg in zustimmendem Sinne, und teilweise wurden aus der Praxis beachtenswerte Fingerzeige für die Arbeit in den Abteilungen gegeben.

Nach der Mittagspause beschäftigte man sich mit dem Jungbuchdruckeritag im kommenden Jahre. Der Jungbuchdruckeritag soll gemeinsam von den Gauen Hamburg-Mitona und Mecklenburg-Lübeck im Juni an einem Sonnabend und Sonntag in Lübeck abgehalten werden. Mit dem Entwurf des Programms, welches Kollege Burmeister (Lübeck) entwickelte, erklärte man sich einverstanden. Die weiteren Vorarbeiten wurden dem Gauvorstand und dem Ortsverein Lübeck übertragen. Es wurde beschlossen, einen Wettbewerb für den Umschlag der Festdrucksache und der Teilnehmerkarte unter den Jungbuchdruckern beider Gauen zu veranstalten. Unter „Verschiedenem“ sprach Kollege Martens (Hamburg) über das Wirken der Gehilfenprüfungsausschüsse und empfahl, hierauf ein besonderes Augenmerk zu richten. Zum Schluß beschäftigten die Teilnehmer die vom Verbandsvorstand zur Verfügung gestellte Werbeprospekt-Rundsendung, welche allseitiges Interesse fand.

In seinem Schlußwort gab Kollege Dahnde einen kernigen Überblick über die Konferenz, stellte fest, daß erprießliche Arbeit geleistet sei, und schloß um 5 Uhr die gutverlaufene Konferenz.

Umschauen verboten!

Dieser kurzen, unfreundlichen Befehl kann man jetzt häufig im „Rorr.“ lesen. Jedes kleine Nest, das 20 Pf. Ortszuschuß gibt, glaubt damit den reisenden Kollegen verbieten zu können, die am Orte befindlichen Druckereien zu besuchen. In großen Druckorten mit Hunderten von Arbeitslosen ist dieser Befehl eher verständlich, aber auch nicht angebracht, da auch der reisende Kollege auf Grund seiner längeren Arbeitslosigkeit das Recht auf Kunst hat und in die Arbeitslosenliste einrangieren kann.

Der Befehl „Umschauen verboten!“ hat doch nur zur Folge, daß unsre Arbeitgeber überhaupt keinen Reisenden oder Arbeitslosen mehr zu sehen bekommen und infolgedessen leicht zu der Ansicht kommen können, daß die Verhältnisse im Gewerbe sehr gut sind, daß es keine Arbeitslosen mehr gibt. Das Ergebnis — eine vermehrte Einstellung von Lehrlingen. Unsre Arbeitgeber sollen aber sehen, daß es im Gewerbe eine große Zahl von Arbeitslosen gibt, und deshalb nicht: „Umschauen verboten!“, sondern „Umschauen geboten!“

Wie brennend die Lehrlingsfrage nachgerade wird, davon gibt Dessau ein Beispiel. Während wir früher bei 180 Mitgliedern 15—20 Lehrlinge hatten, haben wir jetzt bei 200 Mitgliedern 50 Lehrlinge. 1925 und 1926 sind zusammen 40 Lehrlinge eingestellt worden, während nur zehn auslerten. Wo sollen diese 40 Lehrlinge, wenn sie 1929 und 1930 auslerten, untergebracht werden? In den Dessauer Druckereien ist dies nicht möglich, sie müßten sich denn entsprechend vergrößern. Und doch sind für 1927 schon wieder eine große Anzahl Lehrlinge vorgemerkt.

Die Betriebsräte werden meist nicht gefragt bei Einstellung von Lehrlingen. Es gibt aber ein Mittel, sich gegen die Einstellung zu wehren. Man frage einfach nach der Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen. Überall da, wo

der Arbeitgeber kein Fachmann oder kein Meister im Geschäft ist, ist nach der Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen zu fragen. Bekanntlich muß seit 1908 jeder, der Lehrlinge anlernen will, seine Meisterprüfung gemacht haben. Wer vor 1908 eine bestimmte Reihe von Gehlensjahren hinter sich hatte, konnte sich beim Magistrat einen Berechtigungschein zum Anlernen von Lehrlingen ausstellen lassen. Wo diese Berechtigung nicht vorhanden ist, kann beim Schiedsamt mit Erfolg Einspruch erhoben werden gegen die Einstellung von Lehrlingen und kein Gehilfe kann gezwungen werden, mit seinem Meistertitel oder mit seiner Berechtigung für den Arbeitgeber einzupringen.

D e s s a u. B. B ö d e l.

Zuschußklassenwesen

In Nr. 86 des „Korr.“ ist aus Ansbach ein Verammlungsbericht entfallen, der sich mit der Gründung einer Invalidentafel befaßt. Daß der Beschluß des Verbandstages zur Festlegung der Invalidentafel nicht ganz den Wünschen vieler Mitglieder, insbesondere der Provinz, entsprach, geht wohl aus diesem Verammlungsbericht hervor, und auch auf dem bayerischen Gautag kam dies zum Ausdruck. Eine Neugründung solch kleiner örtlicher Kassen ist aber doch nicht das geeignete Mittel und bedeutet bei aller guten Absicht nur eine zwecklose Kräftevergeudung. Ich möchte hier die Frage aufwerfen, ob es nicht an der Zeit wäre, alle diese ideellen Kräfte (nicht nur die Invalidenten, sondern auch die Krankenzuschußklassen usw.), die sich in unserm (oder auch im graphischen) Berufe beinahe nutzlos auswirken, zusammenzufassen in einer großen, ganz Deutschland zusammenfassenden Zuschußkass.

Durch die Folgen des Krieges und der Inflation haben sich viele bürgerliche und private Invalidentafeln, Krankens, Sterbe- usw. Kassen gezwungen, sich zu einem größeren Verbande zu verschmelzen. Trotz der Verschiedenartigkeit in ihren Versicherungszweigen eigneten sich diese Kassen zu einem größeren, leistungsfähigeren Ganzen. Auch bei uns sollte endlich einmal diese Einsicht kommen. Unsere vielen kleinen Kassen (Gau-, Bezirks- und Ortsklassen, daneben noch viele private Berufsklassen) sind eine unnütze Vergeudung ideeller und materieller Kraft. Durch ihre oft hohen Beiträge außerdem eine starke Belastung unser Kollegen. Vereint könnten diese Kräfte aber Großes leisten bei niedrigeren Beiträgen, auch mehr Sicherung einmal erworbener Ansprüche verbürgen. Die Vorteile des Zusammenflusses liegen nicht allein in der größeren Mitgliederzahl, der Freiwilligkeit der Mitglieder (Bezugsgebiet ganz Deutschland), der Unabhängigkeit von den Betrieben, sondern in der Hauptsache in der Werkkraft, den zu erwartenden Zustrom neuer, hauptsächlich jüngerer Mitglieder, und der Entlastung des Verbandes.

In den kommenden Wochen beginnen fast allorts die Jahresversammlungen in diesen Vereinen. Hier könnte einmal die Frage des Zusammenflusses besprochen werden. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Die meisten dieser Kassen haben unter den wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu kämpfen. Es fehlt der Zutritt neuer, hauptsächlich jüngerer Mitglieder, durch die lokale Neugründung ist der Beitritt für unsre Wandervögel zwecklos, da sie keine Rechte erwerben können oder erworbene Rechte beim Weggange verlieren. Kollegen, helft mit, die Zersplitterung in unserm Zuschußklassenwesen zu beseitigen. Wirkt in euren Vereinen und Vereinen, daß die Erkenntnis sich Bahn breche: einzeln seid ihr nichts, vereint können wir Großes schaffen.

R ü r n b e r g. F. R.

Von der Reichsdruckerei

Die Reichsdruckerei, welche bisher als die größte Druckerei Deutschlands anzusehen war, dürfte nunmehr durch andre Berliner private Druckereien, was Raum und Zahl der beschäftigten Personen betrifft, überholt werden. Geht doch so z. B. ein Erweiterungsbau der Firma Wille & Co. in Berlin-Tempelhof der Vollendung entgegen. Wie es heißt, soll dieser Bau besonders dem Buchvertrieb Untertunft gewähren, die Herstellung der verschiedenen Zeitungen des genannten Verlages soll dagegen im alten Berliner Zeitungsbezirk verbleiben.

Raum eine andre Druckerei findet aber so zahlreiche und auch so freudige Abnehmer ihrer Erzeugnisse wie gerade die Reichsdruckerei. Ist sie doch in erster Linie dazu bestimmt, das Papiergeld sowie fast alle wertbeständigen Papiere, die Schanweisungen, Zinscheine- und Dividendenbogen, die Wertzeichen der Reichspostverwaltung usw. herzustellen. Aber auch in künstlerischer Beziehung erfreut sich die Reichsdruckerei durch die Herstellung von Kupferstichen und andern Kunstbränden großer Wertschätzung. Wenig bekannt dürfte sein, daß die Reichsdruckerei außen und innen auch Denkmäler bekannter Männer zeigt, die mit dem Buch- und Kunstdruck bzw. mit der Reichsdruckerei in enger Beziehung standen. So erblickt man außen, über dem Haupteingang, an den oberen Fenstergewölben, die Brustbilder von Albrecht Dürer, Gutenberg und Holbein d. J.; im Innern, an der Wand des Treppenaufganges, sind die Medaillonbildnisse der früheren Staatssekretäre des Reichspostamts Dr. v. Stephan, v. Wobdewitz und Kräfte eingelassen. Bekanntlich steht die Reichsdruckerei, wie früher, noch heute unter der oberen Leitung des Reichspostamts bzw. des Reichspostministeriums.

Am 1. April 1879 wurde die am 1. Juli 1853 gegründete Preussische Staatsdruckerei mit der damaligen Geheimen

Oberhofbuchdruckerei (R. v. Deder) zur Reichsdruckerei vereinigt. Der erste Direktor der Reichsdruckerei war der Schöpfer und Direktor der Staatsdruckerei, Geheimen Regierungsrat W e d d i n g, dem dann bis Mitte der 90er Jahre der Geheimen Oberregierungsrat W u s s e folgte. Mit Ausnahme des jetzigen Direktors S e l m e n g e r, eines Buchdruckers, war die Leitung früher stets Postdirektoren oder Postbauräten übertragen.

Welchen Aufschwung die Reichsdruckerei seit ihrem Bestehen genommen, mag daraus zu ersehen sein, daß der Personalbestand vor 40 Jahren (1886) 895 Personen betrug, 1901 dagegen 1691 und heute rund 3000. Während der Kriegszeit sollen in noch besonders zugemieteten Räumen vorübergehend insgesamt, einschließlich der Beamten, rund 10 000 Personen beschäftigt gewesen sein. Da die Reichsdruckerei auch besonders in das Fach einschlagende Werkstätten hat, ist es ihr möglich, allen an sie in typographischer Beziehung gestellten Anforderungen zu genügen. Durch die eigene Schriftgießerei findet man eine seltene Auswahl auch fremdsprachlicher Schriften wie wohl nirgends. Um die Mitte der 90er Jahre übernahm die Reichsdruckerei die Druckerei der Akademie der Wissenschaften und damit die Herstellung auch der wissenschaftlichen Werte. Werden doch seit dieser Übernahme hier die „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen“, die „Sitzungsberichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ usw. hergestellt. Auch der Deutsch-Chinesische und der Deutsch-Japanische Anzeiger wurden bisher dort hergestellt. Von andern Schriftarten der Reichsdruckerei seien genannt die Hieroglyphen der alten Ägypter, die Handprache der heiligen Bücher der Perser, Araber (die Hauptverkehrsprache Afesiniens), verschiedene syrische Schriften, Sanskrit, Runen, Tibetisch, Russisch, Türkisch, Arabisch usw. usw. Hieraus kann man auch ersehen, daß an das Personal große Anforderungen gestellt werden. Ob dieses auch dementsprechend entlohnt wird, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsteher einzuziehen!

Wer diese naturarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

Auf der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1900 hatte die Reichsdruckerei einen Schillerischen Spruch in 36 fremden Sprachen wiedergegeben: „der viel“ „Wachlung“ fällt.“ Haben die Erzeugnisse der Reichsdruckerei vor der Öffentlichkeit öftmals keine gute Kritik gefunden — so neuerdings die Friedericus-Reg-Markte —, so trifft eine solche wohl stets den Auftraggeber, denn die Ausführung ist stets vorgezeichnet und wird wunschgemäß ausgeführt.

Übrigens kann sich die Reichsdruckerei auch rühmen, seit kurzem den höchsten Schmuckstein Berlins ihr eigen zu nennen.

B e r l i n. —

Korrespondenzen

Mulendorf. (D r u c k e r.) Am 24. Oktober kamen hier die Drucker Oberhambens zusammen, um den in der Inflationzeit entlassenen Bezirksverein wieder aufzuerstehen zu lassen. Kollege F l e m m i n g (Ravensburg) gab einleitend kurzen Bericht von der Vorstandskonferenz im Stuttgart und erörterte die Notwendigkeit des Zusammenflusses der oberhambischen Drucker. Bei den Wahlen wurde Kollege F l e m m i n g als Vorsitzender, Kollege K n o p f als Kassierer und Schriftführer gewählt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt wöchentlich 15 Pf. Dann wurden Richtlinien für die weitere Vereinsarbeit festgelegt. U. a. soll Anfang nächsten Jahres eine Papierfabrik beschäftigt werden. Anschließend wurden die aufgelegten Drucksachen sowie technische Fragen besprochen.

Berlin. (S c h r i f t g i e ß e r.) Am 26. Oktober hielt die gesamte Schriftgießereiarbeiterschaft Berlins eine außerordentliche Generalkonferenz ab. Zu Beginn begrüßte Kollege S c h o d e r unsere neuangelernten Kollegen und beglückwünschte gleichzeitig die beiden Kollegen U f f e r t und S c h i e s e r zu ihrem 50jährigen Berufsjubiläum. Danach gab Kollege S c h o d e r einen eingehenden Bericht über die Konferenz der Schriftgießereiarbeiterschaft in Frankfurt a. M. Die Tagung ist nach den Feststellungen der Konferenzteilnehmer zufriedenstellend ausgefallen. Aber die Akkordtarifverhandlungen verärgerte Kollege S c h o d e r, daß die Verhandlungen nach drei Tagen zu keinem Ergebnis führten. Daraufhin wurde von den Parteien der Beschluß gefaßt, der bereits in Nr. 86 des „Korr.“ veröffentlicht worden ist. Hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der bedeutet wurde, daß die Teilnehmer so wenig Entgegenkommen zeigten. Da Kollege S c h o d e r auf der Schriftgießerkonferenz als Vorsitzender der Zentralkommission gewählt worden ist, legte er sein Amt als erster Vorsitzender des Berliner Schriftgießervereins nieder. Als Nachfolger wurde Kollege W r u n o S c h u m m e r e r gewählt. Als Beisitzer für die Zentralkommission wurden hinzugezogen die Kollegen Malmquist (Schriftgießer), Frau Werker, Sappelt (Wesling) und Kothe (Stempelschneider). Zum Schluß der Versammlung teilte Kollege S c h o d e r auf eine Anfrage noch mit, daß die Rüstermann-Schnellgeschwindigkeit von den Unternehmern der Foucher-Maschine in bezug auf Leistung gleichgestellt wurde.

Breslau. Nach Erledigung von neun Aufnahmen hielt in unserer Versammlung am 26. Oktober unser Vorsitzender S p o r n einen Vortrag über den Regierungsentwurf eines Arbeitserleichterungsgesetzes. Er wünschte, daß es unsern beruflichen Forderungen gelte, einige Verbesserungen in den Entwurf hineinzubringen, damit sich das Gesetz zum Segen der Arbeiter auswirken kann, warnte aber die Kollegen vor überzogenen Hoffnungen, da es nicht immer möglich sein wird, den Kollegen reiflos zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nach kurzer Aussprache nahm die Versammlung dann Stellung zu dem Lohnabkommen und beschloß, dem Verbandsvorstand dessen Kündigung zum nächstzulässigen Termin nahelegen in der Erwartung, daß auch andre Mitglieder das gleiche tun werden. Ferner wurde beschlossen, für die englischen Bergarbeiter erneut Sammelstellen in Umlauf zu setzen. Ein weiterer Beschluß ging dahin, auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen ein Referat eines Rußlanddelegierten zu setzen.

Frankfurt a. M. (S c h r i f t g i e ß e r.) Inse Versammlung am 22. Oktober nahm den Bericht über die Verhandlung zum Reichsstichtakt und den Bericht über die Schriftgießerkonferenz entgegen. Die Versammlung erblickte in dem Ausgang der Tarifverhandlungen und dem bevorstehenden Ausschluß der Matzigenbohrer aus dem Reichstakt die erste Abbrodelung vom bestehenden Reichstakt. Die Abstimmung über Verlängerung des Stichtakttarifs ergab die Annahme gegen 14 Stimmen. Zum Bericht der Konferenz wurde die Hauptfrage der Anstellung eines Sekretärs in Erwägung gezogen und dahin beurteilt, daß die Frage ihre baldige Lösung finden möge. Der Vorstand wird ermächtigt, eine weitere Unterstützung der arbeitslosen Schriftgießerkollegen auf zehn Wochen zu bestimmen und zur gegebenen Zeit eine Extrapost auszusprechen.

Freising. Inse Quartalsversammlung am 23. Oktober war anfangs schwach, später jedoch gut (42 Kollegen) besucht. Vorsitzender S t i r z e r richtete an die Kollegen, die es angeht, die Mahnung, betreffs Versammlungsbesuch mehr Pünktlichkeit anzugewöhnen. Der Kassenbericht über das dritte Quartal fand nach Prüfung durch die Revisoren einstimmige Annahme. Der Mitgliederbeitrag beträgt zurzeit 71. Zwei Aufnahmen wurden gutgeheißen. Hierauf hielt Gauvorsteher S e m e r i c h ein längeres Referat über „Gewerkschaftliche Aufgaben“. Mit einer Mahnung, hauptsächlich an die jungen Kollegen, zur Weiterbildung schloß der mit reichem Beifall aufgenommene Vortrag ab. Nach weiteren Aufklärungen über die allgemeine Wirtschaftslage, Vorkaufslage, klandige Abwertung aller Lebensbedürfnisse, Preissteigerung, ungeliebte Festsetzung des Verkaufs zwischen Großstadt und Provinz beendete der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. — Der sich anschließende gemütliche Teil mit Musikvorträgen und Freibier hielt die Kollegen bis zur Kolligzeit zusammen.

Wiesing (Oberfl.). Inse Versammlung am 24. Oktober wurde durch Vorsitzenden K r a m e r mit bezüglichen Worten eröffnet. Nach Verlesung des letzten Protokolls folgte der Kassenbericht für das dritte Quartal. Die Kasse wies einen günstigen Stand auf. Leider mußte auch dieses Mal das Reklamationswesen zur Sprache gebracht werden. An die betreffenden Kollegen ergoht eine besessene Mahnung, deren Nichtbeachtung Ausschüsse zur Folge haben wird. Hierauf erzielte der Vorsitzende dem Gewerkschaftssekretär N o w a l das Wort zu seinem Referat: „Krankentafelwesen und Erwerbslosenfürsorge“. Redner behandelte eingehend das Krankentafelwesen, ausgehend von dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1889 bis auf den heutigen Tag und die Notwendigkeit, mehr Interesse bei den bevorstehenden Krankentafelwahlen zu zeigen, um die gegenwärtig herrschenden Mängel zu beseitigen. Neu waren die Ausführungen über das Erwerbslosenfürsorgegesetz und dessen Anwendungen, und auch hier gipfelte das Schlußwort darin, diesem Gesetz die größte Aufmerksamkeit zu schenken und die Arbeiterkassen aus ihrer Lausheit aufzurichten zur Mitarbeit am weiteren Ausbau. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine leicht verständlichen Ausführungen. Im Anschluß hieran erfolgte eine Besprechung der Anträge zur Bezirksversammlung. In der sich anschließenden regen Aussprache nahm Gewerkschaftssekretär N o w a l nochmals Stellung und ersuchte die Kollegen, sich mehr für die günstigen sozialen Einrichtungen der „Wohlfürsorge“ zu interessieren. Kollege S e b e l t a berichtete über die zurzeit sich bessernden Verhältnisse des Kartells und ersuchte um rege Beteiligung an den in Kürze abzuhaltenden Bildungstagen. Unter Vergegenwärtigen kamen Gesangsvereinsangelegenheiten, Bisherige und die Offern statfindende Schieferfahrt nach Berlin zu einer eingehenden Besprechung. Mit einem Appell an die Kollegen, den Versammlungen, die durch Vorträge interessant ausgestattet werden, künftighin durch regeren Besuch mehr Interesse entgegenzubringen, schloß der Vorsitzende die sachlich verlaufene Versammlung.

Halsbach. Inse Bezirksversammlung am 24. Oktober in Wernigerode erfreute sich eines guten Besuchs. Eine besondere Bedeutung erhielt sie durch die Anwesenheit des Kollegen S ö h n e (Berlin), der über „Gewerkschaftliche Zeitfragen“ ein äußerst interessantes und aktuelles Referat hielt. Ausgehend von den letzten Tagungen verschiedener Gewerkschaften schilderte der Referent das weitverbreitete Eingreifen der Gewerkschaften in alle brennenden Wirtschaftspragen. Reicher Beifall bewies das große Interesse, das diesem bedeutungsvollen Vortrag entgegengebracht wurde. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen S o f f m e i s e r (Osterwick), D i t t o (Wernigerode) und B a h n (Halsbach). Die Berichte der einzelnen Ortsvereinsvorstände ergaben im allgemeinen überall gute tarifliche und organisatorische Verhältnisse.

H. Halle (Saale). Am 24. Oktober d. J. hielt unser Bezirk eine fällige Herbstbezirksversammlung ab. Der Versammlung voraus ging eine Besichtigung des Schulmuseums. Die Tagung begann 1 Uhr mittags und wurde durch Uthmanns „Empor zum Licht“ durch den hiesigen Gesangsverein „Gutenberg“ eingeleitet. Im Vorbergrund der Tagung standen zwei Vorträge. 1. „Wirtschafts-

probleme und Gewerkschaften". Der Referent, Kollege S t r a z (Weipzig), verbreitete sich eingehend über die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Stellung der Gewerkschaften. Das Referat gliederte sich in drei Hauptteile: 1. Die Lage der Wirtschaftskrise und die Stellung der Gewerkschaften. Das Referat gliederte sich in drei Hauptteile: 1. Die Lage der Wirtschaftskrise und die Stellung der Gewerkschaften. Das Referat gliederte sich in drei Hauptteile: 1. Die Lage der Wirtschaftskrise und die Stellung der Gewerkschaften. Das Referat gliederte sich in drei Hauptteile: 1. Die Lage der Wirtschaftskrise und die Stellung der Gewerkschaften.

Kiel. Auf Anregung einer Anzahl Mitglieder war zum 26. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden, um in der Hauptsache über zwei Anträge zu beschließen, die die Mitgliedschaft seit längerem bewegten. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff das Antragsmitglied für die Kiel-Druckerei Herr Heinrich Schröder. Es ist dies bereits der fünfte Todesfall, der im letzten Jahre innerhalb der Mitgliedschaft zu beklagen ist. Die zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter unternommene Sammlung ergab 186,25 M. Dem Personal der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ ist auf Ansuchen eine Lohnreduzierung von 8 Proz. bewilligt worden, rückwirkend vom 1. Oktober ab. Ein Vorgehen der Kollegen bei den beiden anderen Kieler Tageszeitungen und den übrigen Druckereien hatte leider keinen Erfolg. Die bisher zweimal täglich erscheinende „Kieler Zeitung“ stellt ab 1. November ihre Abendausgabe ein. Bestrittene größere Entlassungen treten nicht ein, aber zwei Kollegen ist gekündigt worden. Der Kassenericht des letzten Vierteljahres wies eine Einnahme von 1241,38 M. und eine Ausgabe von 1194,26 M. auf. Es kam dann ein Antrag Schatz zur Verhandlung, der beschwor, dass die durchreisenden Kollegen bisher in den einzelnen Druckereien gehäufige Mißstände aufzuheben und dafür eine zentrale Regelung eintreten zu lassen, und zwar sollten den durchreisenden Kollegen außer der bisher verabreichten Verpflegungsmarkte im Werte von 1,20 M. 3 M. aus der Kasse des Ortsvereins gezahlt werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollten durch Erhöhung des Ortsvereinsbeitrages aufgebracht werden. Der Ortsvorstand brachte zu diesem Antrage in Vorschlag, den Durchreisenden zu bewilligen: außer der bisher gegebenen Verpflegungsmarkte von 1,20 M. den Bezugsberechtigten 2 M., den Nichtbezugsberechtigten 1 M. und den Ausgewerteten 5 M. und jeweils Aufbringung der Kosten den Ortsvereinsbeitrag um 15 Pf. die Woche zu erhöhen. Es wurden auch noch andere Vorschläge gemacht, und da die Mitglieder sehr bewilligungsfreudig erschienen, beschloß sie, über den Antrag des Vorstandes hinauszugehen und den Ortsvereinsbeitrag um 20 Pf. die Woche zu erhöhen und den durchreisenden Kollegen außer den bisher gewährten Vergünstigungen 3 M. aus der Ortskasse als Ortsdiätium zu zahlen. Das Ansuchen in den Druckereien hat damit sein Ende erreicht, und den reisenden Kollegen ist besonders bei schlechter Witterung dadurch eine Erleichterung geschaffen. Ein zweiter Antrag des Kollegen Grüner betraf die Unterfertigung, die für gewerkschaftliche Kämpfe oder rein gewerkschaftliche Zwecke geleistet werden müssen, aus der Ortskasse zu bestreiten. Wenn diese die Mittel dafür nicht besitzt, sind sie durch Umlage oder durch Extrabeitrag zu erheben. Dem Vorstande soll in dringenden Fällen ein Verfügungsrecht über 100 M. zugewilligt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, was nur zu begrüßen ist im Hinblick auf eine gleichmäßige Heranziehung der Mitglieder zu obengenannten Zwecken. Es hatte sich bei früher vorgenommenen Sammlungen herausgestellt, daß es leider manche Kollegen gibt, die von ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen, ihren im wirtschaftlichen Kampfe befindlichen Arbeitsgenossen Hilfe zu leisten, bedauerlicherweise recht wenig durchdrungen sind. Durch die Annahme obigen Antrages, werden auch diese Kollegen zur Erfüllung ihrer diesbezüglichen Pflichten genötigt. Nachdem noch der Vorsitzende auf die Steuerfreiheit der Nacharbeitszuschläge bis zum Betrage von 10 M. für jede Schicht, gleich 6 M. die Woche, aufmerksam gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

trag zum Kapitel: „Juridikalhaltung der Leistungen!“ ergehen. — Wie schon früher, soll am 28. November ein Prüfungsschreiben veranfaßt werden. Es ist offen für alle Verbandsmitglieder, die sich freiwillig einer Selbstprüfung ihrer Kenntnisse auf dem Gebiete der Sprache und Rechtschreibung unterziehen wollen. Die besten Arbeiten werden durch wertvolle Bücherprämien belohnt. Die Beteiligung verpönt regte zu werden. Der Vorsitzende drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß sich die Kollegen auch recht oft in gleicher Stärke brüderlich zusammenfinden möge.

Mannheim. (Stereoappare und Galvanoplastiker.) Unsere Verammlung am 24. Oktober war sehr reich besetzt, trotz wichtiger Tagesordnung. Für den neugewählten Vorstand war dies keine besondere Freude. Es wurde stark gerügt, daß die Zentralkommission sehr langsam arbeite bei Anträgen von hier. Da es sich um sehr wichtige Angelegenheiten handelt, muß unbedingt eine raschere Erledigung verlangt werden, zumal unser Gaul sehr weit verzweigt ist, wodurch schon gewisse Verzögerungen entstehen. Es wurde beschlossen, im November eine Besprechungsversammlung zu veranstalten, wozu alle Verbandskollegen eingeladen sind. Unser größtes Schmerzenskind, der Maternaaustausch, wurde ausgiebig besprochen, besondere Klagen kamen über allzu schlechte Matern. Zur Aussprache kam noch eine Initiative betreffs Anfragen bei verschiedenen Firmen um Stellung, die allgemein beurteilt wurde.

hr. Neustadt a. d. Rh. (Unterstützungsausschüsse für Buchdrucker und Psal.) Die von der letzten Generalversammlung eingesehete Kommission tagte am 17. Oktober hier und kam zu folgenden Beschlüssen: Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse tritt eine Ermäßigung der Umlage auf die Hälfte, d. h. pro Sterbefall 50 Pf., ein, der wöchentliche Beitrag von 40 Pf. bleibt bestehen. Die Invaliden erhalten monatlich 5 M. Unterstützung. Das Krankengeld wird auf täglich 70 Pf. festgesetzt und entsprechend den Karenzzeiten des Verbandes bestimmt: 52 Wochen = 182, 250 = 364 Tage. Sterbebeihilfe: 200 M. Die Ehefrau eines Mitgliedes, so erhält dieser nach 26 Wochenbeiträgen 100 M. Beim Tode eines Mitgliedes erhält dessen Ehefrau oder die gesetzlichen Erben bei 26 Wochenbeiträgen 100 M., 250 Beiträgen 150 und über 500 Beiträgen 200 M. Die Leistungen der alten Mitglieder sind in den Karenzzeiten einbezogen und werden diesen daher angerechnet. Alle Beschlüsse der Kommission treten ab 1. Januar 1927 in Kraft, um den Kollegen die Kosten für eine außerordentliche Generalversammlung zu ersparen; die Generalversammlung im Frühjahr kann diese Beschlüsse bestätigen oder neue fassen, bei der Kürze der Zeit sind sie ja nicht so weittragend, daß sich eine außerordentliche Versammlung rechtfertigt.

Osnabrück. Hier fand am 24. Oktober die Herzoglich-bischofliche Verammlung statt, die einen äußerst zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Bis auf Nordhorn und Friesenau waren sämtliche Orte vertreten. Anwesend waren ferner Gauvorsteher Bisingen und Gaulteier der Hilfsarbeiter, Wilhelm Spartz, beide aus Hannover. Schon am Abend vorher hatten wir in einer vollzähligen besuchten Versammlung in Osnabrück organisatorische und tarifliche Fragen geregelt. Am Nachmittag des folgenden Tages fand zunächst eine Vertrauensleutekonferenz statt, der die Bezirksversammlung folgte. Den Auftakt bildeten mehrere Vorträge der „Typographia“ (Osnabrück), die gute Proben ihres Könnens ablegte. Nach Begrüßung durch Vorsitzenden Herzoglich-bischofliche wurden eine Reihe gesellschaftlicher Angelegenheiten erörtert, wobei festgestellt wurde, daß trotz der Krise in der Industrie unser Mitgliedsstand ständig angewachsen ist, und zwar auf 307 am Schluß des dritten Quartals. Dann behandelte in etwa einfüßigen Ausführungen Kollege Pfingsten das Thema: „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Er wußte in gewohnter Weise die Zuhörer zu fesseln und erntete reichen Beifall. Eine lebhafteste Debatte rief dann die Aufhebung der Nebenunterstützungen hervor, die der Vorstand beschlossen hatte. Die hochgehenden Wogen der Diskussion führten zu keinem endgültigen Ergebnis; wir werden uns mit dieser Frage noch zu beschäftigen haben. Einen kräftigen Appell richtete dann Gaulteier Spartz auf die Versammelten, der in der Bitte gipfelte, sich liberal für die Organisierung der Hilfsarbeiter einzusetzen. Es folgte noch die Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten. — Ein gemütliches Beisammensein hielt uns noch länger beisammen.

Hamburg-Altona. (Schriftgießer.) Am 23. Oktober fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Trotzdem die Tagesordnung für alle Kollegen von großer Wichtigkeit war, war der Versammlungsbesuch nur mäßig. Unser erster Vorsitzender gab uns einen eingehenden Bericht über die Frankfurter Konferenz. Über einige ihrer Beschlüsse wurde in der Versammlung recht lebhaft diskutiert. Nach Schluß der Debatte folgte ein Bericht des Vorsitzenden über die Altonaer Verhandlungen. Wie vorausgesehen war, setzte auch über diesen Punkt eine lebhafteste Debatte ein, in welcher das Für und Wider eingehend erörtert wurden. Bei der vorgenommenen Abstimmung, ob der Tarif unter Ausschluß der Rangschleifer, Matrizenbohrer, Handstrichschneider und der orientalischen Schriftsetzer bis zum 28. Februar 1927 weiterlaufen soll, lehnte es die Versammlung einstimmig ab, unter diesen Bedingungen einer Verlängerung des Tarifs ihre Zustimmung zu geben. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert worden waren, dankte unser Vorsitzender der Frankfurter Kollegen für ihre Gastfreundschaft. Die Frankfurter Kollegen haben sich die größte Mühe gegeben, den zur Konferenz und zu den Tarifverhandlungen Delegierten der einzelnen Geschäfte den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Landsbut. Inste Bezirksversammlung am 24. Oktober war von den Kollegen der Mitgliedschaft Landsbut überaus gut besucht, wenn auch die Kollegen der Bezirksorte nur sehr spärlich erschienen waren. Die gutgeordnete Tagesordnung trug wesentlich zum Besuch bei. Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten durch Vorsitzenden Graef hielt Kollege Hemmerich (Münchhausen) einen längeren Vortrag, der sich in der Hauptsache mit gewerkschaftlichen Aufgaben beschäftigte und lebhaften Beifall auslöste. Die Aussprache war sehr lebhaft. Was die Verhältnisse der Bezirke anbetrifft, so sind keinerlei Beschwerden oder Entgegnungen tariflicher Natur zu verzeichnen, obgleich noch sehr viel Gutes in der Richtung durch festere Zusammenschluß erzielt werden könnte. Eine Neubewertung innerhalb des Bezirks muß unbedingt erfolgen, wenn dieser seine Daseinsberechtigung für die Zukunft erhalten soll. Die Neubildung eines Ausschusses konnte infolge des allzu flauen Besuches seitens der einzelnen Bezirksorte nicht durchgeführt werden.

Leipzig. (Korrektoren.) Im Rahmen seiner Ostoberversammlung wurden veranfaßt die hiesige Korrekturenverein am Vortragsabend mit Damen. 80 Personen waren der Einladung gefolgt, darunter etwa ein Viertel Damen. Der Südamerikaner Herr Karl Schöffers sprach in tiefgründiger Weise über die 400jährige Geschichte eines Weltbuches (Robinson). Der erdunliche, kultur- und kunstgeschichtliche Wert des Vortrages wurde durch vortreffliche Lichtbilder erhöht. Sie zeigten, wie sich jede Nation — das Buch ist in alle Kultursprachen überetzt worden — ihren Robinson vorstellte. Der Vortragende vermittelte auf Grund seiner Anschauung Dichtung und Wahrheit ohne Mißlie zu scheitern. Die Bekämpfung des Buches hat im Laufe der Jahrhunderte manchen Wandel erfahren; Vertreter aller Zeiten und Stimmungen — Ludwig Richter, Thadowick usw., ja sogar der Epheeritisimus der letzten Jahre — haben ihr Gedicht. Und wie in der Vergangenheit und Gegenwart, wird auch in der Zukunft „Robinson“ das Buch der Jugend bleiben. (Es ist nächst Karl May das meistgelesene Jugendbuch.) Der Leipziger Korrektorenverein sieht mit besonderer Befriedigung auf diese Veranstaltung zurück und ist überzeugt, daß die leichtverständlichen, frei im Plauderton gesprochenen Ausführungen des Vortragenden vielen Zuhörern zu einem inneren Erlebnis geworden sind. Aus den mit Mühe auf die Damen auf das notwendige beschränkten Vereinstimmungen ist erwähnenswert, daß die Lehrgänge im Laufen sind. Der Kerneifer und Bildungsjunger — nicht wenige fünfzig- und sechzigjährige sind wünschentlich mehrmals unterwegs; auch die Jungen werden sichtbar die berufliche Gleichgültigkeit ab! — verdiente einmal im Zusammenhang gewürdigt zu werden. Es würde sich ein schöner Bei-

Kaiserslautern. Unsere dritte Bezirksversammlung fand am 24. Oktober in Zweibrücken statt; sie war von 91 Kollegen besucht. Bezirksvorsitzender M a y begrüßte die Kollegen, besonders unsern Gauvorsteher Conrad. Der Kassenericht fand die Zustimmung der Versammlung. Ein Mitglied mußte wegen Verstoßes gegen den § 10c und d der Statuten ausgeschlossen werden. Hierauf referierte Kollege Conrad über „Nationalisierung in der Industrie und in unserm Gewerbe“. Die Ausführungen fanden aufmerksame Zuhörer. Reichlich Beifall lohnte dem Referenten für seinen zeitgemäßen Vortrag. Eine kurze Beleuchtung der Lehrplangordnung, wie diese seit 1. April d. J. von der Handwerkerkammer der Pfalz angenommen, hat alsdann Kollege S e e r i n g (Kaiserslautern). Auch hier behandelte die Versammlung lebhafteste Anerkennung. Zum Schluß fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

Kassel. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Zu der Versammlung am 26. Juni gab der Vorsitzende den Bericht vom Berliner Druckertag. Er richtete am Schluß seiner Ausführungen den Appell an die Mitglieder, für die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu sorgen. — Am 4. Juli gab Kreisvorsitzender A. B r i n k m a n n den Bericht vom Druckertag in Nürnberg, es fand dort wie in Kassel eine Ausstellung der Druckarten von der Berliner Tagung statt. Die Berichterstattung in Alforden an der Werber erfolgte am 8. August. Es war damit eine Herrenpartie durch das herrliche Wetter verbunden. Die Beteiligung hieran hätte eine bessere sein können. — In der Versammlung am 21. August wurde ein Vortrag über die Herstellung der bunten Farben gehalten. Herr C r a n t z von der Firma Habichts Söhne (Wetterhagen) verstand es, dieses Thema ausgiebig zu behandeln. — Den Monat September benutzte man zur Werbung der uns noch fernstehenden Kollegen für die Sparte. Die Zentralkommission hatte uns mit gutem Material versehen, wofür wir an dieser Stelle besten Dank sagen. Am Orte konnten wir einen kleinen Erfolg buchen. Leider stehen die Kollegen in verschiedenen Bezirken unserer Sache noch fern. — Die Versammlung am 2. Oktober genehmigte das Arbeitsprogramm für das Winterhalbjahr. Vorgelesen sind: Vorträge, Film, Besichtigungen. Die Münzberger Mappe wurde eingehend besprochen. — Am 1. Oktober waren es 25 Jahre, daß unser Vorsitzender A. B r i n k m a n n der Sparte angehört, von dieser Zeit ist er 20 Jahre im Vorstand tätig, seit 1918 Vorsitzender. Die Versammlung ehrte den Jubilair durch Überreichung einer Statue des Bücherwurms mit Widmung.

Allgemeine Rundschau

Begeht die reisenden Kollegen nicht! In zunehmendem Maße bringt dieser Ruf jetzt in Zuschriften aller Art von wandernden Kollegen an unser Ohr. Den dauernden Auforderungen älterer Kollegen folgend, um Land und Leute kennen zu lernen und ihre beruflichen Kenntnisse zu erweitern, haben sich diese jüngere Geschlechter auf die Wanderschaft begeben. Die schlechte Wirtschaftslage trifft sie doppelt schwer. Einmal blüht ihnen das Glück sehr selten, einige Wochen Kunst zu erkalten, und zum andern bedrückt sie angestrichelt des häufigen Abbaues oder der gänzlichen Abhängigkeit des sogenannten Ortsgeheften der Gedanke des Verlassenseins. Aus solcher Stimmung heraus ist der verbitterte Ton mancher Zuschrift zu begreifen, deren Inhalt die reisenden Kollegen im „Korr.“ veröffentlicht sehen möchten. Wenn das nicht geschieht, so liegt das schließlich im Interesse unserer Reisenden selber. Gewiß hat die Nachkriegszeit den Sinn mancher Kollegen für Allgemeininteressen in den Hintergrund gedrängt, aber die Mehrzahl hat auch jetzt noch eine offene Hand für die reisenden Kollegen. Zumal diejenigen, die der Walze Luft und Leid am eignen Körper verpumpt haben, werden gern dazu bereit sein und nicht Aussprüche tun, die in unsern reisenden Kollegen das Gefühl aufkommen lassen, als ob sie einem großen Teil ihrer in Arbeit stehenden Kollegen lästig fallen. Es ist unter uns Buchdrucker immer als Ehrenpflicht betrachtet worden, die reisenden Kollegen über Wasser zu halten, ihnen über die Reiseunterstützung des Verbandes hinaus noch einen Jahr-

